

Produktplan 2007 (Kreishaushalt)

KT 26.03.07

Haushaltsrede Thomas Förderer, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Olpe
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

Zunächst unseren herzlichen Dank an den Kämmerer und sein Team. Die Größenordnungen Verwaltungshaushalt = 119 Mio. € und Vermögenshaushalt = 8,1 Mio. € verdeutlichen, dass hinter diesen Zahlen viel Kleinarbeit steckt. Das gesamte Zahlenwerk wurde uns gut aufbereitet vorgelegt und Herr Siemen hat uns bei unserer Beratung -wie immer- unterstützt.

Wiederum muten wir den kreisangehörigen Städten und Gemeinden eine hohe Belastung durch die Kreisumlage zu, auch wenn die Hebesatzerhöhung um 0,33 % auf 50,88 % suggerieren könnte, das sei so gut wie nichts. Die Umlagegrundlagen in harten Euros sprechen eine andere Sprache: nachdem die Kommunen schon im letzten Jahr rund 6 Mio. € mehr an Kreisumlage bezahlen mussten, sind diesmal gar fast 9,5 Mio. € mehr an Umlage zu erbringen. Insgesamt finanzieren die Städte und Gemeinden den Kreis in diesem Jahr mit stolzen 74,2 Mio. €. Das ist eine dramatische Entwicklung, die auch nicht durch die höhere Steuerkraft der Städte und Gemeinden verharmlost werden darf. Im Gegenteil: nur die wirtschaftliche Stärke der Gemeinden sichert ihnen und uns ausgeglichene Haushalte.

Daher ist es berechtigt, wenn die Städte und Gemeinden vom Kreis ein hohes Maß an Ausgabendisziplin fordern. Gleichwohl muss man auch sehen, dass viele Mehrausgaben und Wenigereinnahmen nicht „hausgemacht“ sind, sondern uns „von oben“ beschert werden. Im Wesentlichen sind dies weniger Kreisschlüsselzuweisungen, eine höhere Landschaftsverbandsumlage und weiter steigende Hartz IV-Kosten. Ganz abgesehen von erheblichen Landesmittelkürzungen, die sich bereits im letzten Jahr auswirkten und sich weiter durch den Haushalt hindurchziehen. In diesem Jahr kommen Kürzungen z.B. bei der VHS hinzu und für die Zukunft sind weitere Verschlechterungen - Stichwort: Kindertageseinrichtungen- zu erwarten.

Der Landrat moniert ja selbst, dass die schwarz-gelbe Landesregierung „eigene Finanzprobleme auf Kosten der kommunalen Ebene löst“. Es ist schon interessant, wie die Landesregierung nach 2 Jahren Tätigkeit beurteilt wird. Zufriedenheit bei den FDP-Getreuen, da geht's nach dem Motto: „dabei sein ist alles“. Jedoch deutliche Unzufriedenheit bei den CDU-Anhängern und -Mandatsträgern. In Anlehnung an den „Zauberlehrling“ von Goethe passt dazu: „nun werde ich sie nicht los - die Geister, die ich rief“.

Egal, wie die Rahmenbedingungen sind, unsere Aufgabe ist und bleibt, das Beste daraus zu machen. Darum sind wir alle bemüht -das will ich auch ausdrücklich feststellen- bei auch manchmal unterschiedlichen Bewertungen und Zielsetzungen.

Vieles, was unsere Fraktion anregte und teilweise über lange Jahre verfolgte, wurde inzwischen umgesetzt und findet sich im Haushalt wieder:

- Kinderbetreuung – auch für Kinder unter 3 Jahren und ganztags;
- Flächendeckendes Angebot von Jugendfreizeitangeboten und aufsuchender Jugendarbeit;
- Nach einer Talfahrt geht's wieder aufwärts mit den Erhaltungsmaßnahmen bei unseren Kreisstraßen;
- Nach etwa 20jähriger Inaktivität befindet sich die Landschaftsplanung auf einem guten Weg;
- Einrichtung einer trägerunabhängigen Pflegeberatung
- und anderes mehr.

Insgesamt gibt es einige Teile des Haushaltes, die wir mittragen können. Auch werden nach unserem Eindruck die Empfehlungen des Gemeindeprüfungsamtes (GPA) als Grundlage für weitere Verbesserungen genutzt. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Jedoch belegt dieser Haushalt auch unsere Kritik ganz deutlich, dass vieles noch nicht oder viel zu spät angepackt und realisiert wurde.

- Es wurden Kindergartenplätze geschaffen – aber nach rein quantitativen Kriterien und nicht –wie wir es wollten- nach qualitativen Gesichtspunkten. Über lange Jahre hat sich die CDU-Fraktion mit Händen

und Füßen gegen Kindertagesstätten, Tagesstättengruppen und altersgemischte Gruppen gewehrt. Die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren war sowieso verpönt. Hinzu kam noch eine falsche Planung der Kindergartenplätze – hier waren zu viele und dort zu wenige. Eine intelligenterere und am Bedarf ausgerichtete Planung hätte uns so manche Gruppenschließung und -umwandlung erspart. Das hat viel Geld gekostet – unnötiger Weise. Heute wandeln wir viele normale Kindergartengruppen in Ganztagsgruppen um – Hintergrund ist der Druck auf die Kindergärten durch zurückgehende Kinderzahlen. Mangels entsprechender Plätze für Kinder unter 3 Jahren bieten wir Tagesbetreuung an. Das ist in Ordnung, aber auch hier sollten verstärkt freie Ressourcen in Tageseinrichtungen genutzt werden. Nun ist auf einmal alles möglich, was jahrelang abgeblockt wurde. Gleich sachgerecht und zukunftsorientiert planen wäre nicht nur besser, sondern bedeutend billiger gewesen.

- Wie bereits ausgeführt, hat der Kreis erst sehr spät die Landschaftsplanung in Angriff genommen. Jahre-, ja sogar jahrzehntelanges Anmahnen unserer Fraktion konnte dies nicht beschleunigen. Nun haben wir die Situation, dass Landesmittel für die Landschaftsplanung mindestens gekürzt werden oder sogar ganz wegfallen. Wenn es nach uns gegangen wäre, wäre der Kreis mit der Landschaftsplanung fertig und wir müssten nicht noch den Rest allein oder überwiegend durch Kreismittel finanzieren.

Das soll als Beispiele genügen, wo durch falsche Planung und spätes Handeln wesentlich mehr Geld aufgewendet werden muss als nötig. An vielen Stellen rächen sich solche Sünden der Vergangenheit durch Mehrausgaben im aktuellen Haushalt. Das ist ein ganz entscheidender Grund, dass wir insgesamt dem Haushalt nicht zustimmen werden. Dafür sollen diejenigen die Hände heben, die die Zeichen der Zeit verschlafen haben.

Auch hat es noch lange nicht jeder in der Mehrheitsfraktion begriffen, dass im sozialen Bereich präventive Maßnahmen letztlich Geld bei später zu erbringenden Pflichtaufgaben spart.

Bei den Kreisstraßen scheint man jedoch eingesehen zu haben, dass man durch weniger Erhaltungsmaßnahmen auf Dauer nichts spart, sondern drauflegt. Gut so! Allerdings sollten nicht nur Schlaglöcher, sondern auch soziale Schieflagen sensibilisieren.

Doch die Antennen für das „soziale Gespür“ sind bei der Mehrheitsfraktion noch immer eher schwach. Deutlich wurde dies bei unserer Forderung nach einem Sozialen Frühwarnsystem. Wir haben dieses angeregt, lange bevor

Skandale von Kindesmisshandlungen und –tötungen öffentlich wurden. Nun scheint es so, als bekommen wir in Sachen Kinderschutz Rückenwind von dem CDU geführten Bundesfamilienministerium und der schwarz-gelben Landesregierung. Kolleginnen und Kollegen der CDU-Kreistagsfraktion, sie sollten sich mal ernsthaft fragen, ob sie nicht oft zu starrköpfig –um nicht zu sagen starrköpfig- sind.

Sie können uns, eine interessierte Öffentlichkeit und nicht zuletzt Mitglieder ihrer eigenen Partei vom Gegenteil überzeugen. Springen sie über ihren eigenen Schatten und bewilligen sie die 8.000 € für das Christliche Jugenddorf (CJD) in Olpe zur Finanzierung des „Schülmüden-Projekts“ für das Schuljahr 2007/2008. Es kann uns doch nicht allen egal sein, wenn hartnäckige Schulverweigerer immer weiter ins soziale Abseits oder Elend abgleiten. Das CJD bringt diese Kinder wieder in die Spur, so dass sie einen Schulabschluss erlangen und eine Ausbildung anfangen können. Das Land fördert diese Maßnahme mit über 60.000 €, da dürfte uns dieses doch auch 8.000 € wert sein. Es sind Kinder aus dem Kreis Olpe betroffen, aus unterschiedlichen Kommunen – es ist doch kein guter Zustand, dass der Träger bei den Bürgermeistern der betroffenen Kommunen betteln gehen muss, um diese geringe Restfinanzierung zu erhalten.

Dass abweichend von der bisherigen Sportförderung dem Kreissportbund ein Budget zur Verfügung gestellt werden soll, unterstützen wir. Völlig unverständlich ist uns aber, dass die CDU-Fraktion in ihrem Antrag im Sportausschuss die Anschaffung kleinerer Sportgeräte außen vor lässt. Wir wollten ein Budget von 60.000 € -anstatt nur 50.000 €- bewilligen, damit diese bisherige Fördermöglichkeit erhalten bleibt.

Unter Spargesichtspunkten wurde der ÖPNV neu organisiert. Bezüglich der veränderten Schulanfangszeiten müssen wir die beschlossene Revision durchführen und ggf. punktuelle Benachteiligungen von Schülern, die unangemessen früh zur Schule fahren müssen, durch bessere Regelungen ersetzen.

Dem Controllingbericht IV/2006 ist zu entnehmen, dass die Wartezeit in der KFZ-Zulassungsstelle „erheblich über dem Planwert“ liegt. Die durchschnittliche Wartezeit beträgt danach real 21 Minuten, laut Plan sollten es 8 Minuten sein. Entsprechend dem Leitbild von „Bürgerfreundlichkeit“ sollte hier schnellstens eine Verbesserung erfolgen. „Die KFZ-Zulassung ist die Visitenkarte des Kreises“, so titelt ein Bericht in der neuesten Ausgabe des Eildienstes des Landkreistages. So sehen wir das auch, denn die Zulassungsstelle ist für viele Bürger der häufigste und oft sogar einigste Kontakt mit der Kreisverwaltung.

Abschließend ist festzustellen, dass der groß angekündigte Clou, den Kreishaushalt um über 1,7 Mio. € dadurch zu „entlasten“, dass die Kommunen mit 25% an den Kosten der Grundsicherung für Arbeitssuchende beteiligt werden, nicht gelungen ist. Rechtlich nicht machbar, so hören wir, und wir hätten von einer solchen, reinen Kostenverschiebung auch nichts gehalten. Dies wäre reine Makulatur hinsichtlich des Kreisumlagen-Hebesatzes gewesen, gebracht hätte es den Städten und Gemeinden insgesamt nichts.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.